

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3317
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiter: Herr Neubert
Wiesbaden, 5/13/2004 8:55:00 AM

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen bzw. Fraktionsstatusinhabern
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 18.05.2004, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

Tagesordnung 1

1. Fragen an den Ausschuss
2. **04-V-82-0007** **DL 16/04-1, 15/04-18 NÖ**
Parkhaus unter dem Bowling Green - Vergabeentscheidung
- Bei Bedarf erfolgt eine nichtöffentliche Beratung. -
3. **04-V-03-0001** **DL 15/04-2**
Entwicklung eines "Zentralen Verwaltungsstandortes";
Bauliche und vergaberechtliche Grundlagen

3.1. 04-F-03-0037

Zentraler Verwaltungsstandort Mainzer Straße (04-V-03-0001)
- Ergänzungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.05.2004 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten den Beschlussvorschlag zur Entwicklung eines "Zentralen Verwaltungsstandortes" - Bauliche und vergaberechtliche Grundlagen wie folgt zu ergänzen:

- **1.2** ein externes Büro zur Unterstützung bei der Entwicklung des Projektes "Zentraler Verwaltungsstandort" ausgewählt wurde und mit der Raumbedarfsermittlung, der Konkretisierung der Anforderungen an das Verwaltungsgebäude und der Vorbereitung des Verhandlungsverfahrens im Dezember 2003 begonnen hat. Parallel prüft die Projektgruppe "Zentraler Verwaltungsstandort" gemeinsam mit dem Land Hessen, wie das Projekt bezüglich der Einstellplätze durch kostengünstigere, umweltfreundlichere Mobilitätslösungen wie beispielsweise das Behörden-Car-Sharing und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr per Schiene im Hinblick auf Flächenverbrauch, Kosten sowie Umwelt- und Verkehrsbelastung optimiert werden kann.
- **3.** Die Dezernate III, IV und V werden beauftragt, das Verhandlungsverfahren "Zentraler Verwaltungsstandort" mit vorhergehendem Teilnahmewettbewerb durchzuführen. Dabei sollte gemeinsam mit dem Land Hessen das public-private-partnership-Modell "Behörden-Car-Sharing" als kostensparende, umwelt- und verkehrsentlastende Alternative zur herkömmlichen Lösung des ruhenden Verkehrs und die Option einer schienengebundenen Verkehrsanbindung für das "Behördenzentrum" in die Verhandlungen einbezogen werden.

4. 04-F-01-0033

Behördenzentrum Mainzer Straße
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.05.2004 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- ein Konzept für das geplante Behördenzentrum Mainzer Straße vorzulegen, aus dem Finanzierung und Wirtschaftlichkeit des Projekts hervorgehen;
- die für die verkehrliche Erschließung des Behördenzentrums notwendigen Änderungen der Verkehrsinfrastruktur (Straßenverkehr und ÖPNV) darzulegen und deren Kosten zu benennen;
- dazulegen, welche städtischen Liegenschaften nach einem Umzug in das neue Behördenzentrum leer stehen werden und ob es bereits ein Konzept für deren künftige Nutzung gibt.

5. 04-F-02-0025

Gewerbegebiet Peterswegt Ost

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 15.03.2004 -
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung -

ANLAGE

6. 04-F-01-0016

Erschließung Petersweg Ost

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 15.03.2004 -
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung -

ANLAGE

7. 03-V-61-0061

Wasserturm auf dem ehemaligen Schlachthofgelände

ANLAGE

8. 04-F-03-0038

Bauliche Sicherung Wasserturm Schlachthof

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.05.2004

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Wasserturm auf dem Schlachthofgelände ist in einem baulich sehr schlechten Zustand, so dass für eine Nutzung des Gebäudes mit erheblichen Investitionen zu rechnen ist.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten

- welche konkreten baulichen Sicherungsmaßnahmen auf Grundlage des Magistratsbeschlusses Nr. 0452 vom 20.05.2003 durch Dezernat IV veranlasst wurden;
- ob diese Maßnahmen aus denkmalpflegerischer Sicht und auch im Hinblick auf eine künftige Nutzung als Wassermuseum ausreichend sind;
- Wenn Nein wird der Magistrat aufgefordert umgehend eine umfassende bauliche Sicherung des Wasserturms einschließlich Sockelgebäude und Einbauten einzuleiten, so dass eine künftige Nutzung des Gebäudes sicher gestellt ist.

9. 04-F-01-0015

Kulturpark am Schlachthof

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.03.2004 -
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung -

ANLAGE

10. 04-F-03-0034

Behörden- und Mieter-Car-Sharing

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.05.2004

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Mieter-Car-Sharing, wie es in anderen Städten (Gießen, Braunschweig) u.a. in Form einer Kooperation von städtischen Wohnungsunternehmen mit Car-Sharing-Anbietern praktiziert wird, ist eine attraktive und umweltschonende Mobilitätsform, die auch in Wiesbaden zur Verkehrsentlastung im MIV beitragen könnte. Der Magistrat wird daher gebeten bei den Wohnungsunternehmen unter Beteiligung der Stadt Wiesbaden darauf hin zu wirken, dass die Möglichkeit des wohnortgebundenen, kostensparenden Autoteilens auch für die Wiesbadener Mieterinnen Realität werden könnte und dem Ausschuss über die Ergebnisse seiner Bemühungen zu berichten.
2. Behörden-Car-Sharing, wie es in Münster seit zwei Jahren erfolgreich betrieben und auch in Osnabrück, Herne und Hamm diskutiert bzw. eingeführt wird, führt zu mehr Effizienz im städtischen Mobilitätsmanagement und kann deutlich zur Senkung des Flächenverbrauchs, der Kilometerleistung sowie der Kosten durch städtische wie für Dienstfahrten genutzte Privatfahrzeuge beitragen. Der Magistrat wird daher gebeten zu prüfen in welcher Form Car-Sharing für die Stadtverwaltung und die städtischen Eigenbetriebe als Baustein eines effizienten, Verkehr und Umwelt entlastenden Mobilitätsmanagements für Wiesbaden umgesetzt werden könnte, bei lokalen Car-Sharing-Unternehmen die grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation abzufragen und dem Ausschuss darüber zu berichten.

11. 04-F-01-0031

Fahrradklima-Test des ADFC

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 06.05.2004 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Beim Fahrradklima-Test des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) belegt die LH Wiesbaden einen der hinteren Ränge (29 von 35). Besonders in den Kategorien 'Sicherheit' 'Falschparker' und Ampelschaltungen ('Grünvorlauf') waren die Bewertungen außerordentlich negativ.

Der Magistrat wird deshalb gebeten zu berichten, welche Konsequenzen er aus diesem Ergebnis für den Fahrradverkehr in Wiesbaden, vor allem für die Verbesserung der Verkehrssicherheit, ziehen wird.

12. 04-F-01-0032

Verlagerung ESWE-Busdepot
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 06.05.2004 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- offen zu legen, welche Planungen zur Verlagerung des ESWE-Busdepots existieren;
- zu berichten, ob es Planungen zur Nutzung des Grundstück gibt, auf dem sich das Busdepot derzeit befindet;
- darzulegen, ob die künftige Nutzung dieses Grundstücks im Rahmenplan Mainzer Str. berücksichtigt ist.

13. 04-F-03-0041

Verbesserungen im Schienenverkehr
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.05.2004

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Welche konkreten Ergebnisse haben die Gutachten/Untersuchungen zum volkswirtschaftlichen Nutzen der Aartalbahnreaktivierung insbesondere im Hinblick auf die regionale Anbindung Wiesbadens ergeben?
- Wie ist der Stand der Untersuchungen zur Optimierung/Verbesserung des schienengebundenen Personennahverkehrs zwischen den Landeshauptstädten Wiesbaden und Mainz?
- Wird bei diesen Untersuchungen die Option einer Haltestelle für den "Zentralen Verwaltungsstandort" von Stadt und Land an der Mainzer Straße mit betrachtet?

14. 04-F-03-0040

Villa Frankfurter Straße 5

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.05.2004

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- zum Sachstand der Sanierung an der Villa Frankfurter Straße 5 zu berichten und darzulegen, weshalb trotz der Beschlussfassung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 3. Februar 2004, dass mit einem baldigen Baubeginn zu rechnen sei und bei weiterem Verzug rechtliche Schritte möglich sind, noch keinerlei Instandsetzungsmaßnahmen an dem denkmalgeschützten Gebäude eingeleitet wurden.

15. 04-F-03-0039

Villa Lessingstraße 9

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.05.2004

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zum aktuellen Sachstand zur Villa Lessingstraße 9 zu berichten.

16. 04-V-61-0028

DL 16/04-5, 15/04-11

Bebauungsplanentwurf "Ehemalige Hauptpost - 2. Änderung" im Ortsbezirk

Wiesbaden-Südost;

Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung des

Bebauungsplanes

16.1 04-F-03-0042

Bebauungsplanentwurf "Ehemalige Hauptpost" - 2. Ä. - 04-V-61-0028

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.05.2004 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes "Ehemalige Hauptpost" vernachlässigt noch stärker als die vorherigen Planungsstufen den öffentlichen wie den Radverkehr im Umfeld der Planung und setzt einseitig auf die verkehrliche Anbindung durch den Individualverkehr. Weder liegt ein Konzept zur Optimierung des bestehenden ÖPNV-Systems, geschweige zu einer Ausweitung der öffentlichen Verkehrsanbindung, noch zur Sicherung einer durchgängigen Radverkehrsverbindung verbunden mit der Neuordnung des Straßenraums vor.

Der Magistrat wird daher aufgefordert im Bebauungsplan eine durchgängige Geh- und Radverbindung zwischen Bahnhofsvorplatz, Einkaufszentrum und der Fischerstraße sicher zu stellen, die für Fahrradfahrer ohne Absteigen zu befahren ist. Dabei sollte auf den Beschluss Nr. 0027 vom Ortsbeirat Südost Bezug genommen werden, in dem die Herstellung der städtebaulichen Achse Biebricher - und Adolfsalle durch Rücknahme der Baukörper an der Biebricher Allee verbunden mit der Anlage eines Rad- und Gehweges in den frei gewordenen Flächen gewünscht wird. Ergänzend ist die Herstellung einer Rampe zwischen Bahnhofsvorplatz und Fischerstraße denkbar, die auch von Personen mit Rollstuhl komfortabel und von Fahrradfahrern ohne Absteigen benutzt werden kann.

Des Weiteren ist eine verkehrsplanerische Konzeption gemäß Umweltbericht (Seite 18) im Hinblick auf die Neuordnung des Straßenraums, Optimierung und Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sowie des Fuß- und Radwegenetzes vorzulegen, aus der u.a. hervorgeht:

- welches zusätzliche Verkehrsaufkommen (Anzahl tägliche Ein- und Ausfahrten) durch das Projekt bzw. die Errichtung von 1.500 Stellplätzen zu erwarten ist;
- wie diese Verkehrszuwächse gleichberechtigt für alle Verkehrsteilnehmer im Umfeld abgewickelt werden sollen;
- wie die vom Ortsbeirat geforderte Verkehrsberuhigung der Fischer- und Breitenbachstraße vor allem während der Bauzeit gewährleistet ist;
- dass die Erschließung des Gebiets entgegen den Aussagen des Verkehrsgutachtens (Seite 11, Punkt 3.1) ohne Wegfall der baumbestandenen Mittelinsel in der Biebricher Allee, d.h. gemäß den Darstellungen des Bebauungsplanes gesichert ist.

17. 04-V-61-0021

DL 16/04-3, 15/04-8

Bebauungsplanentwurf "Luisenstraße / Schwalbacher Straße " im Ortsbezirk Wiesbaden-Mitte

- Ergebnis der öffentlichen Auslegung, Behandlung der Anregungen und Satzungsbeschluss -

18. 04-V-61-0022

DL 16/04-4, 15/04-9

Bebauungsplanentwurf "Südliche Kohlheckstraße 1. Änderung" im Ortsbezirk Dotzheim;

Ergebnisse der öffentlichen Auslegung, der eingeschränkten Beteiligung und Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung

19. 04-V-80-2311

DL 09/04-1, 07/04-18

Entwicklung und Vermarktung von städtischen Grundstücken im Planungsbereich "Südliche Kohlheckstraße ";
Kegelbahn

ANLAGE

20. 03-V-61-0057

DL 14/04-1

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Südlich des Kirchengügels" in
Wiesbaden-Auringen
- Ergebnisse der Offenlage und Satzungsbeschluss -

21. 04-V-61-0004

DL 14/04-5

Bebauungsplanentwurf "Am alten Wiesbadener Weg - Teilbereich B - 1. Änderung"
im Ortsbezirk Delkenheim

22. 04-V-61-0005

DL 14/04-6

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Kloppenheimer Weg" im
Ortsbezirk Bierstadt;
Feststellungsbeschluss

23. 04-V-61-0006

DL 14/04-7

Bebauungsplan "Kloppenheimer Weg" in Bierstadt
- Behandlung der Anregungen und Satzungsbeschluss -

24. 04-V-61-0008

DL 14/04-8

Bebauungsplanentwurf "Tunnelbachtal - 1. Änderung (Ergänzungsverfahren nach
§ 215 a BauGB)" im Ortsbezirk Sonnenberg;
Beschluss über die Änderung

25. 04-V-61-0010

DL 14/04-9

Flächennutzungspländerung für den Planbereich "Nahversorgung am Gräselberg"
im Ortsbezirk Biebrich;
- Änderungsbeschluss

26. 04-V-61-0011

DL 14/04-10

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorgung am Gräselberg" im Ortsbezirk Biebrich;
Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes "Biebrich 1974/1";
Beschluss über den Antrag zur Aufstellung eines Bebauungsplanes

27. 04-V-61-0015

DL 14/04-11

FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG,
für den Planbereich "Auf den Erlen-Süd" im Ortsbezirk Auringen
- Änderungsbeschluss -

28. 04-V-61-0016

DL 14/04-12

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Auf den Erlen-Süd" im Ortsbezirk Auringen;
Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes

29. 04-V-61-0017

DL 15/04-7

Bebauungsplan "Nördlich der Ludwig-Wolker-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel
1. Teilungsbeschluss
2. Satzungsbeschluss über den Teilbereich "Nördlich der Ludwig-Wolker-Straße-;
Bereich: Am Eichelwäldchen

30. 04-V-30-0002

DL 11/04-23

Aufhebung städtischer Satzungen

31. 03-F-01-0052

Verwendung von Haushaltsmitteln für das Jahr 2003
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0204 vom 25.11.2003 -

ANLAGE

32. Verschiedenes

Tagesordnung 2

- 1. 04-V-36-0008** **DL 15/04-3**

Niederschrift über die Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 26.02.2004

- 2. 04-A-15-0004**

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Städtebau, Architektur und Baukultur der Landeshauptstadt Wiesbaden am 04.03.2004

- 3. 04-V-01-0008** **DL 11/04-19**

Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 34. Sitzung am 18.02.2004

- 4. 04-V-01-0009** **DL 14/04-2**

Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 35. Sitzung am 17.03.2004

- 5. 04-V-41-0007** **DL 11/04-28**

Sanierung Hess. Staatstheater Wiesbaden

- 6. 04-V-11-3002** **DL 11/04-20**

Raumbezogene Informationsverarbeitung;
Geographisches Informationssystem im Internet der Landeshauptstadt Wiesbaden

- 7. 04-V-40-0008** **DL 13/04-16, 12/04-9**
Vorabfreigabe der Mittel für Planung und Ausschreibung von Schulbaumaßnahmen
- 8. 04-V-08-0004** **DL 13/04-3, 12/04-3**
Dachsanierung der Grundschule Nordenstadt
Finanzierung des 2. Sanierungsabschnittes
- 9. 04-V-67-0008** **DL 13/04-27,**
12/04-17
Vorabfreigabe von Mitteln zur Dacherneuerung Südfriedhof
- 10. 04-V-66-0303** **DL 11/04-30**
Fahrbahndeckenprogramm; Verschleißdecken sanieren
- 11. 04-V-66-0308** **DL 15/04-12**
Hauptprüfung von Ingenieurbauwerken gemäß DIN 1076 in AKK 2004/2005
- 12. 04-V-66-0309** **DL 15/04-13**
Hauptprüfung von Ingenieurbauwerken gemäß DIN 1076 in Wiesbaden
- 13. 04-V-66-0310** **DL 15/04-14**
Instandsetzung von Ingenieurbauwerken in AKK

14. 04-V-80-2317

DL 13/04-28

Abbruch der städtischen Gebäude Boelckestraße 165 (ehemalige Holzhandlung Hess) und unterer Zwerchweg 5 a in Mz.-Kastel

15. 04-V-80-2309

DL 11/04-1 NÖ

Rückabwicklung des Kaufvertrages für das ehemalige Bauhof-Grundstück "Danziger Straße" in Wiesbaden-Sonnenberg

16. 04-V-04-0005

DL 15/04-1 NÖ

Auftragsvergabe für Materiallieferungen zur Neugestaltung der Fußgängerzone; Antrag Nr. 77/04 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. März 2004

17. 04-A-15-0005

Niederschrift über die Sondersitzung des Beirates für Städtebau, Architektur und Baukultur der Landeshauptstadt Wiesbaden am 22.04.2004

18. 04-V-80-8014

DL 11/04-35

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln; Standort-Profilierung Petersweg

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender